



Positionspapier

Demographischer Wandel

Stand 19. März 2010

Zusammenfassung

Im Zuge des demographischen Wandels wird die Bevölkerung der Schweiz immer älter. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt ab. Dieser demographische Wandel betrifft die Regionen der Schweiz unterschiedlich. Urbane Gebiete und Tourismuszentren werden den demographischen Wandel vermutlich durch den Zuzug von MigrantInnen ausgleichen können. In peripheren ländlichen Räumen wird dies hingegen vermutlich weniger möglich sein. Der demographische Wandel bietet sowohl Chancen als auch Risiken. Damit die Risiken minimiert und die Chancen genutzt werden können, muss bereits heute Gegensteuer gegeben werden. Dazu gehören namentlich:

1. Stärkung des regionalen Wirtschaftsgefüges mit Mitteln der Wirtschaftsförderung und der Regionalpolitik.
2. Schaffung neuer touristischer Angebote mit spezifischer Ausrichtung auf die Kundensegmente 50+ und 60+.
3. Positionierung dafür geeigneter Gebiete als Altersresidenzen.
4. Integration von MigrantInnen auch im Berggebiet.
5. Attraktivitätssteigerung der Dorfzentren.
6. Flächendeckende Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr und Sicherstellung der Grundversorgung in den Dörfern.
7. Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung.
8. Neue Lösungen für den Schulunterricht.
9. Verstärkte regionale Zusammenarbeit sowie in den Gemeinden strategische Leitbildprozesse unter Einbezug der Bevölkerung.

1. Grundlagen

- Demographischer Wandel und Regionalentwicklung. Bericht der Infrac vom Dezember 2009
- Diverse weitere Unterlagen.

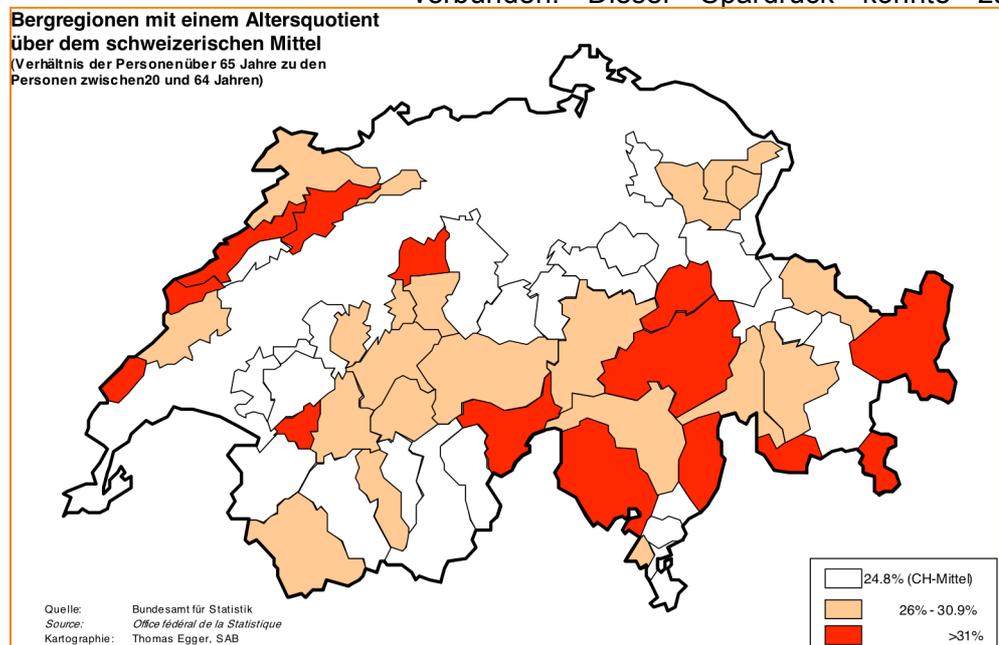
2. Ausgangslage

Gemäss Szenarien des Bundesamtes für Statistik wird die schweizerische Bevölkerung voraussichtlich bis zum Jahr 2030 weiter wachsen und einen Wert von rund 8,2 Mio. Einwohnern erreichen. Dieser Bevölkerungszuwachs wird im Wesentlichen bestimmt durch eine Zuwanderung aus dem Ausland. Im Zuge des demographischen Wandels wird die Bevölkerung der Schweiz immer älter. Der Altersquotient, also das Verhältnis zwischen der Bevölkerung über 65 Jahren und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren, betrug im Jahr 2008 24.1%. Zum Vergleich: Deutschland wies im selben Jahr einen Altersquotienten von 30.4% auf. 34 Bergregionen weisen einen überdurchschnittlichen Altersquotienten auf, davon 14 Regionen einen Quotienten von über 30%. Es wird geschätzt, dass gesamtschweizerisch der Altersquotient im Jahr 2030 auf 37.7% ansteigen wird.

Mit dem demographischen Wandel nimmt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ab. Dadurch fehlen der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte und Innovationspotenzial. Dieses Manko kann zu einem Teil durch den Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland wettgemacht werden. Dabei gilt aber zu beachten, dass beispielsweise Deutschland bereits heute noch stärker als die Schweiz vom demographischen Wandel betroffen ist. Verschiebungen bei der Herkunft ausländischer Arbeitskräfte sind deshalb möglich.

Dieser demographische Wandel betrifft die Regionen der Schweiz unterschiedlich. Urbane Gebiete und Tourismuszentren werden den demographischen Wandel vermutlich durch den Zuzug von MigrantInnen ausgleichen können. In peripheren ländlichen Räumen wird dies hingegen weniger möglich sein. Der demographische Wandel droht, die räumlichen Disparitäten zu verschärfen. Doch auch in periurbanen ländlichen Räumen des Mittellandes, die heute geprägt sind durch eine Vielzahl von Einfamilienhäusern, stellt sich die Frage, wie dieser Immobilienpark in Zukunft genutzt werden soll. Heute sind diese Gebiete oftmals nur durch den motorisierten Individualverkehr erschlossen und weisen keine Nahversorgung (Dorfläden usw.) auf.

Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung stellt eine grosse Herausforderung für die Finanzierung der Sozialwerke, insbesondere der AHV dar. Es muss damit gerechnet werden, dass für die Finanzierung der AHV zusätzliche Finanzquellen wie beispielsweise einer Erhöhung der Mehrwertsteuer oder allgemeine Bundesmittel erschlossen werden müssen. Damit wäre ein Kaufkraftrückgang oder ein zusätzlicher Spardruck beim Bundeshaushalt verbunden. Dieser Spardruck könnte zu



könnte zu Lasten anderer für die Berggebiete wichtiger Aufgaben wie dem öffentlichen Regionalverkehr gehen.

Der demographische Wandel mit der Überalterung der Bevölkerung wird zu einer stei-

genden Nachfrage nach ärztlicher Betreuung führen. Bereits heute zeichnet sich aber ab, dass die medizinische Grundversorgung mit Hausärzten in nächster Zukunft gefährdet ist (vgl. diesbezügliches Positionspapier der SAB). Gemäss einer Studie des Gesundheitsobservatoriums Obsan könnten im Jahr 2030 bis zu 40% der nachgesuchten Konsultationen nicht mehr gewährleistet sein.

Eine Folge des demographischen Wandels sind stark abnehmende Schülerzahlen in peripheren Gemeinden. Bereits mussten verschiedene Gemeinden ihre Schulen schliessen. Das Zusammenfassen von mehreren Jahrgängen zu Einheitsklassen ist weit verbreitet.

Der demographische Wandel bietet aber auch Chancen. Diese Chancen sind in erster Linie im Tourismus, im Gesundheitswesen und im Bereich Wohnstandort angesiedelt. Damit diese Chancen genutzt werden können, braucht es geeignete Strategien und Aktionen der Kantone, Regionen, Gemeinden und auch von privater Seite.

3. Position der SAB

Der demographische Wandel ist ein schleicher Prozess. Er wird deshalb in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die Sensibilisierung für die Chancen und Risiken des demographischen Wandels muss wesentlich erhöht werden. Damit die Risiken minimiert und die Chancen genutzt werden können, muss bereits heute Gegensteuer gegeben werden.

Potenziale im Tourismus entwickeln: Personen im dritten Lebensabschnitt sind ein attraktives Gästesegment. Sie verfügen über Zeit, oft eine gute Vermögenssituation, sind kulturell und kulinarisch interessiert usw. Dieses Gästesegment unterscheidet sich damit aber auch deutlich etwa vom klassischen Alpinkifahrer oder Snowboarder. Die Tourismusdestinationen sind deshalb gefordert, neue Angebote zu entwickeln, welche auf dieses Gästesegment zugeschnitten sind. Diese Produktentwicklung muss unverzüglich an die Hand genommen werden. Andernfalls riskiert der Schweizer Tourismus einen Trend zu verschlafen und Vorteile als „First mover“ zu verlieren.

Altersresidenzen im Berggebiet: Etliche RentnerInnen verbringen ihren dritten Lebensabschnitt in Spanien oder anderen südlichen Regionen. Der Schweizer Volkswirtschaft geht dadurch ein Kaufkraftpotenzial verloren. Der Alpenraum hat (noch) eine gute medizinische Grundversorgung, er hat gute klimatische Verhältnisse und es besteht ein soziales Umfeld in welches die Integration einfacher ist als in einem fremdsprachigen Land. Zudem können die Beziehungen zu Verwandten in der Schweiz aufrecht erhalten werden. Kantone und Gemeinden müssen sich deshalb überlegen, ob sie sich nicht gezielt als Standort für das Wohnen im Alter positionieren wollen. Dies kann unter Umständen ein entsprechendes Standortmarketing und geeignete Infrastrukturinvestitionen bedingen. Ähnlich wie das touristische Label „Familienfreundlich“ könnten sich besonders altersgerechte Gemeinden eventuell mit einem Label auszeichnen oder zertifizieren lassen. Die Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Attraktivität als Altersresidenz. Durch entsprechende Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleistungen (Bsp. Spitex) können zudem neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Binnen- aber auch internationale Migration ist wesentlich gesteuert durch die Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsplätzen. Durch den demographischen Wandel mit einem relativen Rückgang an Personen im erwerbsfähigen Alter könnte es zu einer verstärkten Konkurrenzsituation in der Nachfrage nach Arbeitskräften kommen. Für die Berggebiete und ländlichen Räume ist es deshalb wichtig, dass sie mit Mitteln der Wirtschaftsförderung und der Regionalpolitik geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und eine **Stärkung der regionalen Wirtschaft anstreben**. Eine mögliche Strategie könnte zudem in der Steigerung der Erwerbsquote der Frauen liegen. Dies würde u.a. familienergänzende Betreuungseinrichtungen voraussetzen.

Eine mögliche Folge des demographischen Wandels ist eine verstärkte räumliche Konzentration in den regionalen Zentren. Innerhalb der Siedlungen kann es zu einer sozialen Segregation kommen (junge Einwohner bauen und wohnen am Dorfrand, ältere Einwohner leben in älteren Gebäuden im Dorf-

zentrum). Diesen Entwicklungen muss durch verschiedene Massnahmen entgegengewirkt werden. Dazu gehört in erster Linie die **Attraktivitätssteigerung der Dorfzentren**. Ältere Gebäude müssen umgenutzt werden, damit sie auch wieder für Junge attraktiv sind. In den Dorfzentren können Begegnungszentren zwischen Jung und Alt eingerichtet werden. Die Grundversorgung in den Dorfzentren muss aufrechterhalten bleiben (z.B. Dorfläden, Post, Restaurant usw.). Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr gewinnt an Bedeutung. Damit die Dörfer für Neuzuzüger attraktiv sind, müssen auch geeignete soziale Dienstleistungen wie z.B. Kinderkrippen zur Verfügung gestellt werden. Aktuelle und zukünftige Leerstände in den Gebäuden müssen auf kommunaler Ebene systematisch erfasst werden. Die Gemeinden müssen ein Immobilienmanagement betreiben oder zumindest die dafür notwendigen Rahmenbedingungen abstecken.

In Tourismuszentren wird der demographische Wandel voraussichtlich auch in Zukunft über den **Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland** ausgeglichen werden. Aber auch in industriell oder gewerblich geprägten Gebieten werden voraussichtlich noch mehr Fachkräfte aus dem Ausland rekrutiert werden müssen. Diesen Fachkräften muss ein geeignetes soziales Umfeld zur Verfügung gestellt werden. Für die Fachkräfte werden neben den Verdienstmöglichkeiten auch Faktoren wie die Kinderbetreuung und -ausbildung, das kulturelle Angebot sowie Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote ausschlaggebend sein. Bei Zuzüglern aus anderen religiösen oder kulturellen Kreisen wird dem Aspekt der Integration eine besondere Beachtung zu schenken sein.

Mit einem steigenden Anteil älterer Personen steigt tendenziell auch der Pflegebedarf. Die älteren Personen möchten zwar so lange als möglich in der eigenen Wohnung bleiben, ab einem bestimmten Zeitpunkt ist dies aber nicht mehr möglich. Es ist mit einer steigenden Nachfrage nach Plätzen in **Altersheimen oder anderen Formen des betreuten Wohnens** zu rechnen. Die Kantone und Gemeinden müssen rechtzeitig entsprechende Einrichtungen planen und zur Verfügung stellen. Als Alternative zu Altersheimen müssen zudem Gemeinschaftswohnungen von Senioren, die sich gegenseitig unterstützen können

vermehrt gefördert werden. Dies wäre übrigens auch ein Beitrag zur Regelung raumplanerischer Fragestellungen. Denn aus raumplanerischer Sicht sind Einfamilienhäuser oder grosse Wohnungen, die eigentlich für Familien dimensioniert sind aber nur noch von einem älteren Ehepaar oder von einer alleinstehenden Person bewohnt werden, nachteilig. Diese Gebäude könnten von jungen Familien genutzt werden und so der Druck zu Neubauten und zur Zersiedelung reduziert werden.

Die Schliessung von Schulen ist für eine Gemeinde eine einschneidende Massnahme. Sie sollte wo immer möglich vermieden werden. Erforderlich sind neben dem bereits praktizierten Zusammenlegen von Schulklassen auch neue Ansätze und ein Abrücken von einem starren Bildungssystem. Durch Kooperationen unter Gemeinden kann beispielsweise ein Teil der Klassen in einer Gemeinde und der andere Teil in der benachbarten Gemeinde unterrichtet werden. So profitieren beide Gemeinden und unter den Schülern wächst das überkommunale Zusammengehörigkeitsgefühl. Potenzial steckt zudem im Einsatz von EDV-gestütztem Fernunterricht. Dazu ist u.U. nicht mehr ein Schulhaus im herkömmlichen Sinne erforderlich, sondern ein Schulungsraum mit moderner Einrichtung. Nicht mehr genutzte Schulgebäude könnten umgenutzt werden, z.B. zu Begegnungszentren oder betreuten Alterswohnungen. In einigen Kantonen ist dazu eine Änderung der Subventionsbestimmungen erforderlich. Neben der Grundschule werden sich in Zukunft auch für die weiterführenden Schulen (Berufsschule, FHS) Herausforderungen stellen.

Die Bewältigung des demographischen Wandels erfordert ein **regional abgestimmtes Vorgehen**. Denn die Gemeinden müssen einander gegenseitig unterstützen. Durch Kooperationen mit Einwohner- und Wirtschaftsstarke Gemeinden können schwächere Gemeinden profitieren. Die Gemeinden selber müssen das Thema des demographischen Wandels proaktiv angehen und in ihre strategische Planung (Leitbilder u.ä.) einbeziehen. **Die Bevölkerung muss in die Prozesse einbezogen werden**. Insbesondere der jungen Bevölkerungsschicht müssen in der Gemeinde Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden.